



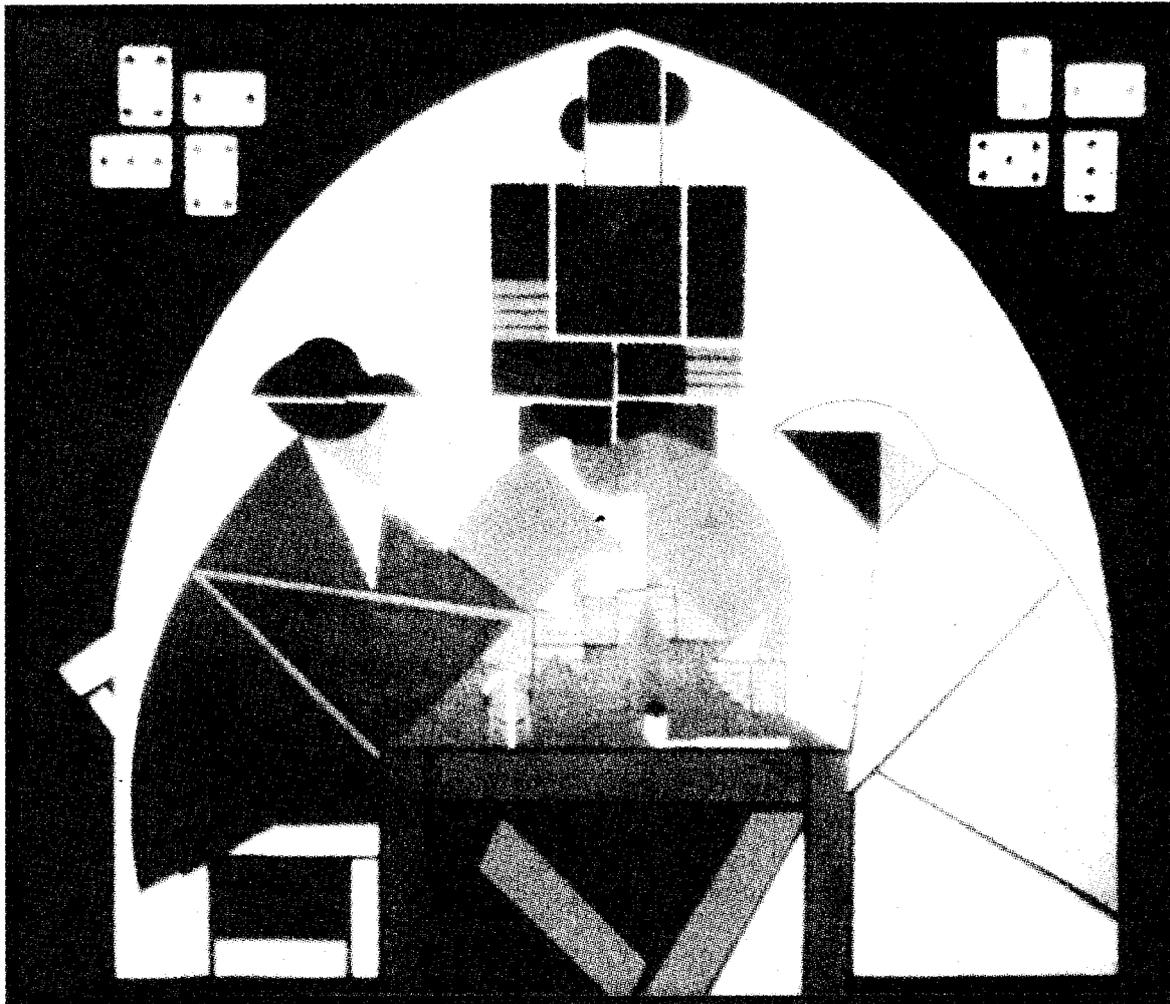
Mühleberg

Info Nr.63 / Juli 2002
Versand 4x jährlich
Abo Fr. 15.- / Einzelnr. 2.-
Postkonto Bern 30-24746-7

stilllegen!

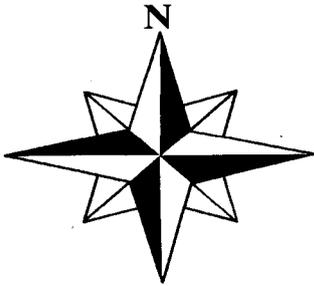
AMüs

Aktion Mühleberg stilllegen
PF 6307, 3001 BERN
www.amues.ch



POKER FÜR TODESSÜCHTIGE:

**BKW - WER DIE STUNDE SCHLÄGT
NEIN ZUM ELEKTRIZITÄTSMARKTGESETZ
BRUNSBÜTTEL - EXPLOSION ZERFETZT NOTKÜHLLLEITUNG
BEZNAU-MAFIA WILL UNBEFRISTETE BEWILLIGUNG
ERDBEBEN + FLUGZEUGABSTURZ - das pull-down-menu
KAMPF FÜR DEMOKRATIE GEHT GEGEN ATOMKRAFT
PETITION AN DAS NIDWALDNER VOLK**



**Wenn Du ein Schiff bauen
willst, dann trommle nicht
Männer zusammen, um Holz zu
beschaffen, Aufgaben zu
vergeben und die Arbeit
einzuteilen, sondern stecke die
Menschen an mit der Sehnsucht
nach dem weiten, endlosen Meer**

**Wer lässt sich von uns anstecken,
im AMüs mitzumachen für ein Jahr, d.h.
bis zu den Abstimmungen 2003
über die Volksinitiativen
„Strom ohne Atom + Moratorium plus“**

:

- Die drei alten Atomkraftwerke Beznau 1+2 und Mühleberg zwei Jahre nach Annahme der Initiative, die neueren AKW Gösgen und Leibstadt nach 30 Jahren (2009, 2014) stilllegen
- Die umweltverseuchende, teure und sinnlose Wiederaufbereitung von abgebrannten AKW-Brennelementen sofort einstellen
- Die Stromversorgung auf nichtnukleare und umweltfreundliche Energiequellen umstellen
- Die Sicherheit bei der dauerhaften Lagerung der in der Schweiz produzierten radioaktiven Abfälle erhöhen und demokratische Entscheide der Betroffenen respektieren

Kontakt: www.amues.ch oder

AMüs, PF 6307, 3001 Bern

Wir sind überparteilich aber parteiisch,
wir sind unabhängig aber ethisch gebunden
wir sind berufstätig und haben teilweise
Familie, wir treffen uns zweiwöchentlich
abends, wir freuen uns über Verstärkung!

Dafür haben wir im Jahr 2001 Euer Geld eingesetzt

AMüs-Jahresrechnung 2001

Einnahmen

| | |
|----------------------------------|---------------|
| Stand Postscheckkonto 31.12.2000 | 3'603.20 |
| Abonnemente & Spenden | 17'571.50 |
| | ----- |
| <u>Total zur Verfügung 2001</u> | Fr. 21'174.70 |

Ausgaben

| | |
|--|----------|
| AMü-Infos Nr. 58-60 | 4'676.95 |
| Flugblätter & Broschüren | 1'944.20 |
| Einkauf Bücher, Zeitschriften & Dokumentationen | 1'007.25 |
| Mietanteil Kollektivbüros | 845.00 |
| PC-Zubehör & Website | 248.55 |

| | |
|--|----------|
| Beiträge an gleichgesinnte Organisationen und AntiAtomkoordination | 3'631.90 |
|--|----------|

| | |
|------------------------------|----------|
| Büromaterial, EZ, Couverts | 1'725.55 |
| Porti und PTT-Spesen | 2'254.00 |
| Transporte, Spesen, Diverses | 260.90 |

| | |
|-----------------------|-----------|
| <u>Total Ausgaben</u> | 16'594.30 |
|-----------------------|-----------|

| | |
|----------------------------------|----------|
| Stand Postscheckkonto 31.12.2001 | 4'580.40 |
|----------------------------------|----------|

Wir
bedanken uns
ganz herzlich
für alle uns
zugekommene
Unterstützung !

„Mit der BKW hei mer nüt am Huet“

Im Vorbeigehen nimmt mir der ältere Mann ein Flugblatt ab, bleibt kurz stehen, fragt dann ungeduldig: „U wie weit dir de dr Strom produziere“. „Aha, het d' BKW-Wärbig 'Bern ohne Mühleberg: Licht aus, Jobs weg' gnützt, gebe ich etwas entnervt auf den ewig gestrigen Pauschalangriff zur Antwort. Der Mann bleibt stehen, wendet sich mir zu. War ich zu frech mit meinem nachgeworfenen Satz? Er antwortet: „Mit der BKW hani nüt am Huet“. Das Flugblatt „Die Lügen der Atommafia“ würdigt er nur eines kurzen Blickes. „D'Stommafia“ spottet er. Wir blieben dann gute zehn Minuten stehen und hatten ein konstruktives Gespräch über Atomkraft, Aktienmärkte und die Fremdsprachen im Elektrizitätsgeschäft.

Begriffsverwirrung

Der Mann erzählt mir von „1to1“, dem Strom von der BKW. Nun hängen die „1to1“-Plakate schon mehr als ein Jahr herum, worauf geschrieben steht „Energie hat einen Namen“ und neuerdings „Strom ist“. Worum es dabei wirklich geht, ist beinahe niemandem klar. Für die Einen geht es um den Verkauf von ökologisch produziertem Strom, für die Anderen um eine der Stromabsatz-Strategien der BKW. Die Aufklärungskampagne der Youtility hat bisher noch nicht gegriffen. Wer das Kleingedruckte liest, findet den Hinweis „BKW und 40 regionale Energieversorger“. Die BKW und 40 kleine Elektrizitätswerke verkaufen unter dem Namen „Youtility“ (zu Deutsch „Dein Nutzen“) Strom mit dem Markennamen „1to1“. Unter der Marke „1to1“ kann man bisher 3 verschiedene Stromsorten kaufen: „water star“, „wind star“ und „professional“. „nuclear star“-Strom wird nicht angeboten, komisch nicht, ihr Ökos?

Öko oder was?

Bis vor rund einem Jahr wurde in Fluss- und Staukraftwerken Strom produziert, welcher mehr oder weniger rentabel war. Eine wichtige Rolle spielten dabei das Baujahr der Anlage, die technische Auslegung und die bisherigen Amortisationen. In Aussicht auf den liberalisierten Strommarkt, wie er in Nachbarländern bereits zu finden ist und in naher Zukunft sicherlich auch in der Schweiz zur Realität wird, fragte sich die BKW, wie sie ihre Wasserkraftwerke und die ihrer Partner rentabel halten könnten. Die Idee, Wasser = Öko - weil „keine“ fossile, nukleare Energie drin steckt - klingt gut. Man kann, wie es andere Riesen vormachen, den "Ökofreaks" den Wasserstrom zukünftig teurer verkaufen und dabei ein neues Image aufbauen

(und gemäss Vorstellung vieler Leute soll ja, wo Alternativstrom zunimmt, der Atomstrom wie durch ein Wunder zurückgehen). Die rentablen Windkraftwerke kommen gleich in den selben Pott. Die Juvent, eine BKW-Tochter, ist eine Erfolgsstory. Die Anlagen auf dem Mont-Crosin produzierten seit ihrem Aufbau mehr Windenergie als prognostiziert, AbnehmerInnen für den teureren Windstrom gab es von Anbeginn. Hierbei lässt sich sagen, dass Leute, die in Juvent-Strom investierten, sicherlich der Windenergie in die Segel bliesen. Die 40 anderen Werke neben der BKW haben nahezu keine Windkraft mit anzubieten, meist können diese einige wenige Wärmekraftmaschinen und kleine Wasserkraftwerke ihr "Ökokapital" nennen.

Auf der Homepage der „1to1“ kann man viel über die Ökologie von Wasser und Windenergie nachlesen. Bei der Produktereihe „professional“ für Firmen mit einem „angemessenen“ Energieverbrauch erhält man Informationen auf Anfrage. Ob da Ökostrom gekauft werden kann? Den BezügerInnen von „professional“ wird auch eine Lastgangoptimierung angeboten. Das heisst, um Energiekosten zu sparen, werden Stromspitzen im Tagesgang gesucht und reduziert, indem man sie auf weniger energieintensive Stunden verlegt. Die Stromspitzen bestimmen nämlich den Strompreis wesentlich und führen meist zu überdimensionierten Installationen, die wiederum den Wirkungsgrad der Anlagen negativ beeinflussen. Von einer Stromsparagentur, welche das Stromsparen beim Kunden technisch und ökonomisch auszureizen versucht, ist man jedoch noch weit entfernt.

„solar star“

In der „1to1“-Broschüre „Energy Forum“ 2/2002 ist nachzulesen, dass Solarstrom unrentabel sei, die BKW biete „wind star“ und „water star“ an. Solarstrom, sinnvoll eingesetzt, passt nicht in die zentralistische Produktions- und Verteillandschaft der BKW und ihrer Partner. Der Strom vom Mont Soleil wird über andere Kanäle vermarktet. So kann man ihn zum Beispiel beim Elektrizitätswerk der Stadt Bern beziehen.

Unser Herr von der Strasse betont, dass ja beinahe jede Alp mit Solarstrom ausgerüstet sei. „Das funktioniert scho, aber das passt haut nid id Schtromleitig“. Tatsächlich ist in der Schweiz schon manche rentable thermische und photovoltaische Kleinanlage aufgebaut worden. Die ADEV Energiegenossenschaft, eine private Gesellschaft für Alternativenergie-Anlagen, beweist, dass Son-

nenenergie und auch Energie aus der Wärmekraftkopplung profitabel abgesetzt werden. In der Nutzung der Wasserkraft zeigt sie, dass Fischtreppen auch vor „water star“ gebaut wurden. Youtility erklärt auf Ihrer Homepage, dass sie nicht nur mit Strom wirtschaften wollen, sondern auch mit Wärme, Gas usw. Auch die regionalen Energieversorger haben bereits einige sinnvolle - weil spitzenlasttaugliche - Wärmekraftkopplungsmaschinen WKK und Blockheizkraftwerke BHKW in Betrieb. In den Infoblättern von Youtility und „1to1“ ist aber nicht in Erfahrung zu bringen, welche Produktqualität dieser Energie zugrundeliegt.

Vornweg:

Rabatte für die Grossen

Die Swissmem, Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, wird von tieferen Strompreisen profitieren. Die BKW und die Swissmem haben einen Rahmenvertrag unterzeichnet, die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) der Swissmem bezahlen im europäischen Durchschnitt 30-40 Prozent höhere Strompreise als Grossabnehmer. Niemand fragt darüber hinaus danach, was die kleinen EndkundInnen - sprich Haushalte - bezahlen müssen. Für diese ändert sich bis auf Weiteres nichts. Gemäss Strommarktgesetz sollten die KleinbezügerInnen erst nach Jahren ähnlich tiefe Strompreise zahlen.

BKW Strahlung belästigt AnwohnerInnen

33 AnwohnerInnen einer Hochspannungsfreileitung in Madretsch werden von der SBB und der BKW nicht dafür entschädigt, dass ihre Liegenschaften durch die Leitung an Wert eingebüsst haben. Dies hat die eidgenössische Schätzungskommission bereits im letzten Dezember entschieden. Angesichts der geringen Erfolgsaussichten verzichteten die KlägerInnen darauf, das Urteil vor Bundesgericht anzufechten. Entlang dem Verlauf einer Hochspannungsleitung kann man eine erhöhte elektromagnetische Verstrahlung mit Messgeräten nachweisen. Ähnlich wie bei den Natelantennen entbrennt hier der Krieg um die zulässige Höhe der Strahlung. Auch das Machtverhältnis ist ähnlich, Swisscom und BKW sind nahezu Monopolisten. Durch ihren Versorgungsauftrag geschützt, sind sie kaum anfechtbar. Den AnwohnerInnen bleibt wieder mal einzig die Alternative des Wegzugs oder der Kopfschmerztabletten.

4 Vornweg kommt die Wirtschaft auf ihre Rechnung. Da fragt man sich nun, ob Haushalte und nicht zuletzt „water-/wind-star“-KundInnen die Wirtschaft über den Strompreis quersubventionieren. Im Frühjahr 2002 wurde im Grossen Rat die Interpellation Käser diskutiert. Dem SP-Grossrat Rudolf Käser fiel auf, dass die BKW in den letzten Jahren auf Kosten ihrer AbonentInnen riesige Rückstellungen als Vorbereitung auf den liberali-

sierten Elektrizitätsmarkt anhäufte. Anstatt den Gewinn mittels erhöhter Dividende an ihre AktionärInnen (sprich mit 63% Aktienanteil an den Kanton Bern) abzugeben, wurde ein riesiger Topf gefüllt, mit dem man nun der Industrie billigeren Strom anbietet. Teile der Rückstellungen sind auch für die nukleare Entsorgung vorgesehen. Die Antwort des Regierungsrates war vorauszusehen: Im Gegensatz zu öffentlich-rechtlich organisierten Elektrizitätsversorgern könne die BKW in wirtschaftlich schlechten Zeiten nicht auf die öffentliche Hand - auf Staatsgarantie - zurückgreifen, um allfällige Verluste auszugleichen. Deshalb seien die Reserven gerechtfertigt... Die ENRON Pleite in den USA lehrt uns aber Anderes. Am Schluss, wenn auch Versicherungen mit in den Bankrott gezogen werden - und das ist bei einem Unfall eines AKW schnell möglich -, zahlen wieder die SteuerzahlerInnen.

„1to1“ = BKW

Die BKW mit ihrem grossen Kraftwerkspark verschlingt alles. Neben der BKW sind die regionalen Anbieter nur als Servicepartner stark. An den technologischen Strukturen verändert Youtility herzlich wenig. Die BKW liefert den früher regionalen Elektrizitätswerken Strom, welchen diese weiterverkaufen. Heute tun sie dies unter dem Namen Youtility.

Von der wirtschaftlichen und machtpolitischen Struktur her hat die BKW mit Youtility hingegen einen Gewaltsschritt gemacht. Man erinnere sich an die Übernahmeangebote der letzten Jahre. Die BKW versuchte im ganzen Kanton herum EW's aufzukaufen. Es regte sich regionaler Widerstand gegen den Monopolisten. So wurde zum Beispiel in Burgdorf der Verkauf des EW Burgdorf vom Stimmvolk heftig abgelehnt. Die BKW verlor trotz ihrem vordergründig hohen Angebot. Um das Feld zu ebneten, wurde mit einigen Grossabnehmern bereits zum vorneherein Tarifgespräche geführt. So setzten sich Industrielle wie zum Beispiel Niklaus Lüthi (SVP), Gemeinderat in Burgdorf und Inhaber der Firmen Sanitized und ILCO, vehement für das Übernahmeangebot der BKW ein.

Stromhandel festigt die Monopolposition

Das Rekordergebnis 2001 der BKW ist umsatzmässig vor allem auf den Stromhandel zurückzuführen, der sich im letzten Jahr von 6,5 Millionen Kilowattstunden auf 15,5 Millionen Kilowattstunden mehr als verdoppelt hat. Der Gewinn aus dem Stromhandel belief sich auf runde 15,5 Millionen Franken. Bereits vor wenigen Jahren begann die BKW, ihre Netzleitzentralen in Bickingen und Mühleberg auszubauen, technische Bedingung für

einen gut funktionierenden Stromhandel. Es zeichnete sich ab, dass die BKW mit der Atel (grösster schweizerische Netzinhaber) konkurriert. In frühen Tagen der Diskussion um das Elektrizitätsmarktgesetz war die Frage nach dem „Unbundling“ (der Entflechtung) sehr hoch im Kurs. Danach wurde sie durch die Angst vor nicht amortisierbaren Investitionen verdrängt. Das Unbundling verlangte, dass sich ein Grosskonzern nicht von der Produktion über die Durchleitung bis zur Endverteilung ausbreiten darf und so zum Monopolisten werden kann. Diese Diskussion ist wohl vergessen, und es wird interessant zu verfolgen, wie die BKW in 10 Jahren aussehen wird. Denn heute ist sie

- mit der „isp“ der stärkste Anbieter für Elektroinstallationen im Kanton Bern
- mit dem Kraftwerkspark der grösste Stromproduzent im Kanton
- mit ihrem weit verzweigten Netz die grösste Netzeigentümerin im Kanton.

Die BKW ist Monopolist. Wir können lange auf die Entflechtung warten. (Vielleicht erhält mal der Kanton das AKW Mühleberg zur Entsorgung und die E.ON den Wasserkraftpark, um in Deutschland Ökostrom anbieten zu können?)

„Die da obä mache sowieso was si wei“

Vor kurzem war in der Zeitung zu lesen, die BKW expandiere nach Deutschland. Industriekunden mit einem Verbrauch von über fünf Millionen Kilowattstunden pro Jahr sollen von der neu gegründeten BKW GmbH mit Sitz in Kelkheim (D) vor Ort betreut werden. Im Jahr 2001 belieferte die BKW bereits Industriekunden in Deutschland. Gleichzeitig expandiert der Deutsche Stromriese E.ON (vormals RWE) in die Schweiz. E.ON hat vor kurzem ihre Watt-Aktien mit der Begründung verkauft, sie konzentriere sich auf die BKW, an der sie bereits mit 20% beteiligt ist. Die kantonale Energiedirektorin Dori Schär verkündete kurz vor ihrem Abgang, dass eine Ausweitung des E.ON-Anteils an der BKW nicht zur Diskussion stünde. Nebenbei machte sie aber klar, dass sich der Kanton längerfristig auf einen Anteil von 51% zurückziehen werde, später vielleicht noch weniger, sofern dies für das Unternehmen sinnvoll und den Kanton erträglich sei.

„Die da obe mache sowieso was sie wei“, erklärt der visionäre Mann von der Strasse.

„Müesst luege, imene Jahr verchouft üs de e Dütsche Konzärn der Schtrom“. - Man müsse bedenken, die BKW zahle ja auch Steuern und Wasserzinsen, antwortete der Regierungsrat auf die Interpellation Käser. „Öppe hoffentlich, ig zahle ja ou für d'Ghüderabfuehr“, meint der Mann, der mir mittlerweile sympathisch geworden ist und sich jetzt nicht mehr oberflächlich gegen die AMüs stellt. Dass er die Versorgungsängste, welche die BKW geweckt hat, ernst nahm, kann man ihm nach der unfair geführten BKW-Abstimmungskampagne gegen die BOA-Initiative vom Jahr 2000 nicht verübeln. „S'isch interessant gsi, mit euch z'rede, ig wirde de das Flugblatt deheim ufmerksam düreläse“.

„Die söue nume so witermache!“

Wieso war der Mann nicht gut auf die BKW zu sprechen? Sicherlich ist er kein organisierter Atom- oder gar Liberalisierungsgegner. Doch die Veränderungen in der Elektrizitätsversorgung verunsichern. Nicht nur das EMG, sondern auch die BKW mit Ihren Mafia-Methoden und ihrer Überheblichkeit führen dazu, dass sich die Bernerin und der Berner von ihren Elektrizitätsversorgern abwenden (obwohl oder gerade weil sie in ihrem Netz zappeln). Vielleicht wird in einigen Monaten die Initiative „Für den Beibehalt der kantonalen Mehrheitsbeteiligung an der BKW“ eingereicht. Sie hätte sicherlich Chancen. Vielleicht wird unser Mann von der Strasse nach der vollen Liberalisierung in einigen Jahren seinen Strom bei der NOK oder EdF einkaufen, nach dem Motto: Ich bin mir selbst der Nächste und: „Mit der BKW hani nüt am Huet“.



...und fast keinen Widerstand

Antrag von Beznau II auf eine unbefristete Bewilligung

Die Mafia will es wissen

Am 17. November 2000 hat die Nordostschweizerische Kraftwerke (NOK) ein Gesuch beim Bundesrat gestellt, dass die bis Ende 2004 befristete Betriebsbewilligung aufgehoben werde.

Eine Frechheit! Denn vor zwei Jahren hat der Bundesrat zum entsprechenden Antrag der BKW bezüglich Mühleberg auch keine unbefristete Bewilligung gegeben. Jetzt ist die Einsprachefrist abgelaufen.

Das Gesuch um eine unbefristete Betriebsbewilligung ist eine Kampfansage an die Ausstiegsinitiative

Der Entscheid des Bundesrats zum AKW Mühleberg war 1998 schon im Rahmen der Debatte um Laufzeiten der AKW entstanden. Diskutiert wurden damals Optionen von 40 oder 60 Jahren Laufzeit oder gar von unbefristeten Bewilligungen. Der Betrieb des AKW sollte letztendlich bis 2012 dauern. Dann wird das AKW Mühleberg 40 Jahre alt. Realpolitisch (d.h. im politischen Spektrum rechts von Grünen und LinkssozialistInnen) war das die kürzest mögliche Laufzeit.

Zu prinzipiell 40 Jahren Betriebsdauer für jedes AKW in der Schweiz hatte Bundesrat Leuenberger kurz vor dem Entscheid eine Seifenblase steigen lassen: in den Medien war daraufhin sinngemäss zu lesen, dass dies beschlossene Sache sei. Doch der Gesamtbundesrat, allen voran Couchepin, liessen diese Blase platzen.

Als die NOK ihr Gesuch zum AKW Beznau stellte, war allerdings ein anderes Ereignis wesentlich aktueller: Zwei Monate zuvor hatte die Stimmbevölkerung des Kantons Bern die Initiative "Bern ohne Atom" (Beschränkung der Laufzeit des AKW Mühleberg auf 30 Jahre bis 2002) wuchtig bachab geschickt. Diesen Aufwind wollte die NOK auf alle Fälle nutzen.

Da wegen dem Bundesrat-Verdikt zu Mühleberg kaum eine Chance auf "Rechtsgleichheit" mit Beznau I, Gösgen und Leibstadt (welche allesamt unbefristet bewilligt sind) bestehen kann, ist das Gesuch der NOK ganz klar als politische Kampfansage gegen die schweizerischen Initiativen MoratoriumPlus und Ausstieg, sowie gegen die fortschrittlichen Kräfte für die Stilllegung der Atomanlagen zu werten. Diese politische Absicht ist weit höher einzustufen als die wirtschaftlichen Interessen: denn bei der gewohnt atomfreundlichen Bundespolitik haben die NOK nicht zu befürchten, dass sie den Billigstrom aus Beznau nicht mehr profitabel verhökern können.

Im internationalen Vergleich zeigt sich Beznau als einer der gefährlichsten Reaktoren

Seit langem fordern wir ausser der Stilllegung aller Atomanlagen, sofort den ersten Schritt mit der Abschaltung der alten Schrottreaktoren zu tun. Wir greifen damit auf einigermaßen bemessbare Fakten der Risiken einer Atomanlage zurück. Seit den ersten wichtigen wissenschaftlichen und unabhängigen Gutachten in der Schweiz haben wir gelernt, dass ein AKW nicht gleich ein AKW ist. Immer wieder wird uns aber von offizieller Seite vorgegaukelt, dass die Schweizer AKW auf dem Stand der Technik sind. Wir haben gelernt, dass Notsysteme, Brandschutz, elektrische Versorgung, Notstromversorgung, "Einschluss" der Radioaktivität im AKW und viel Anderes in den AKW der 60-er Jahre (Beznau und Mühleberg) auf einem dramatisch tieferen Niveau sind als in den neueren. Dem geben sogar die internationalen Gepflogenheiten recht:

- Von 12 AKW vom Bautyp Beznau sind nur noch 6 in Betrieb (je eines in der BRD und in Spanien, sowie je zwei in Japan und in der Schweiz). Von diesen 6 ist nur ein einziges, der Block 1 von Beznau, definitiv bewilligt. Würde nun auch Beznau II so behandelt, wäre die Schweiz einsame Spitze in der Ausreizung des Risikos.

- In der "Pionierphase" des AKW-Baus ging man davon aus, dass diese Kraftwerke weit weg von Ballungszentren hingestellt werden. Das französisch-belgische AKW Chooz A - vom gleichen Typ wie Beznau - wurde sogar in eine Felskaverne gebaut. Dieses AKW ist in der Zwischenzeit stillgelegt...
- Es ist offiziell von der Internationalen Atomenergie-Kommission in Rechnung getragen, dass ein altes AKW ein zehn mal grösseres Risiko in sich birgt als ein neues.

Notsysteme und Sicherheitsmargen fehlen

Es gibt eine ganze Reihe von triftigen Gründen, welche für eine sofortige Stilllegung des AKW Beznau sprechen, geschweige denn gegen eine unbefristete Betriebsbewilligung:

- Die beiden AKW Beznau haben nicht ein Volldruck-Containment. Das Containment ist der Behälter, welcher den Reaktor und die daran angeschlossenen radioaktiven Dampf- und Wasserleitungen absichern soll. Brechen diese Leitungen, so ist das Containment in Gösigen in der Lage, dem frei werdenden Druck zu widerstehen. In Beznau muss weiteres Kühlwasser den Dampf wieder kondensieren, damit der Druck kleiner wird: eine Einrichtung, welche nur noch weitere Gefahren mit sich bringt.
- Beznau hat nicht genügend Notkühlsysteme, wie sie schon nach "Sicherheits"-Erkenntnissen seit den 70-er Jahren gefordert werden. Diese Notkühlsysteme können nicht nur aus Platzgründen nicht mehr eingebaut werden. Die alten Systeme sind dermassen unsystematisch eingerichtet, dass es auch an geeigneten Anschlüssen fehlen würde. Dies zeigt, wie rasant sich damals die Sicherheitstechnik entwickelt hat. Beispiele für die schlechten Noteinrichtungen gibt es en masse. So sind alle drei Noteinspeisepumpen im gleichen Raum aufgestellt (Gefahr der gleichzeitigen Beschädigung bei einem einzigen Rohrbruch). Es gibt auch nur einen Notkühlwassertank, und nur eine Leitung führt von diesem zu den Pumpen und von den Pumpen ins Containment. Ein Bruch dieser Leitung würde dieses ganze Mehrfach-System mit einem Schlag lahm legen.
- Das gebunkerte Notkühlsystem, 1992 in Betrieb genommen, verfügt nur über ein einziges vollständiges Notsystem (so genannter "Strang"). Gefordert werden heute international zwei unabhängige und räumlich separierte Stränge. Schon in unserer Einsprache vor 10 Jahren haben wir den Atombehörden vorgeworfen, dass sie nicht einmal für die "Neubauten" die heute geltenden Regeln einhalten.
- Beznau ist nicht gegen Flugzeugabsturz gesichert. Auch hier zeigt sich der grosse Unterschied zwischen Alt und Neu. Seit über 20 Jahren fordern die Behörden einen Schutz gegen - für damalige Verhältnisse - schnell fliegende Militär-Maschinen. (Im Vergleich zu heutigen Passagierflugzeugen sind sie lächerlich langsam, die Masse ist sowieso unterschiedlich). Gösigen und Leibstadt haben deshalb ein Reaktorgebäude (so genanntes Sekundär-Containment) von 2 Metern Wandstärke. In Beznau ist der Beton wenige Dutzend Zentimeter dick.
- Beznau ist immer wieder wegen Rissen in die Schlagzeilen gekommen. Die Alterung ist bei Maschinen prinzipiell ein Problem, da man nicht jedes Teil einfach ersetzen kann. - Aber es gibt auch die von Ingenieuren zum vorneherein abgeschätzte Alterung: Der Reaktordruckbehälter, welcher die Brennstäbe und das Kühlwasser umschliesst, wurde nach Berechnungen so gebaut, dass er 40 Jahre hält. Wie zuverlässig diese Berechnungen sind?



Wir protestieren gegen optimistische Schönfärberei der Behörden

Am 5. Juni ist die Frist für die Einsprachen gegen die Unterlagen der NOK zum Bewilligungsverfahren abgelaufen. Tausende von Masseneinsprachen sind aus dem Ausland, vorab Österreich, eingetroffen. In der Schweiz wurde lediglich eine umfangreiche Einsprache diverser Organisationen deponiert.

Wir von der Aktion Mühleberg stilllegen werden uns auf das zu erwartende Gutachten der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen HSK konzentrieren.

Finnland gibt Freipass für ein fünftes AKW

Mit Bestürzung haben wir im April gelesen, dass Teollisuuden Voima Oy (TVO), ein AKW-Betreiber in Finnland, den Antrag auf einen fünften Reaktor gestellt hat. Die finnische Regierung hatte schon einen positiven Grundsatzentscheid gefällt. Dies war Grund genug, um den ParlamentarierInnen vor ihrem definitiven Entscheid einen Brief zu schreiben. Diese Aktion hat das "Forum nux" mit uns getragen.

In der Zwischenzeit hat das Parlament proatomar entschieden. Dies erstaunt um so mehr, als 1993 das Parlament einen analogen Grundsatzentscheid zum Bau neuer AKW verworfen hatte und seither weltweit keine neuen Erkenntnisse für die Atomenergie sprechen. Unter anderem aus folgenden Gründen haben wir die angesprochenen Personen eindringlich gebeten, den Antrag der Regierung abzulehnen:

- Die die Verseuchung wegen der Kernschmelze in Tschernobyl 1986 war in Finnland besonders gross. Ein Gefahrenpotenzial, wie es die Atomkraft darstellt, ist nicht mehr zu verantworten.
- Die vorliegenden Pläne für den 5. finnischen Reaktor genügen den heutigen Richtlinien der finnischen Atombehörden nicht. Dass sich ein Lieferant im Anfangsstadium über die geltenden Bestimmungen eines Landes hinwegsetzt, sagt genug aus.
- Die mangelnde Schulung des Personals in der Sicherheitskultur ist ein weit verbreitetes Phänomen. Hier hätten die AKW-Betreiber laut Behörden Finnlands Einiges zu unternehmen.
- Die Europäische Union weicht angeblich von ihrem bisherigen Kurs ab. Sie stellt die Forschungsförderung für neue Reaktoren ein und erhöht statt dessen die Forschungsgelder für alternative Energietechnologien auf 810 Millionen Euro.
- Es gibt auf dem Gebiet der Verwahrung verseuchter Materialien noch genügend zu erforschen und zu realisieren. Dies ist die wirkliche historische Aufgabe in Sachen Atomtechnologie, welche jetzt angepackt werden muss.

Dass die Meinungen im finnischen Parlament vor dem Entscheid praktisch unentschieden waren, zeigt deutlich, wie umstritten die Atomenergie in der Bevölkerung ist. Schon vom demokratischen Standpunkt aus müsste eine Technologie, welche keine klare Mehrheiten findet, verworfen werden. Eisenbahn, Auto, Telegraf/Telefon, Internet - keine dieser Technologien musste jahrzehntelang gegen den Widerstand grosser Massen durchgesetzt werden. Das Verhalten der VertreterInnen der Atomenergie ist politisch unmoralisch.

Fossile Ressourcen, Erdölkonzerne und indigene Völker

von T. Haller, A. Blöchlinger,
M. John, E. Marthaler,
S. Ziegler

Focus-Verlag Giessen 2002
688 Seiten, Fr. 57--

Im Hauptteil des Bandes vergleichen die AutorInnen acht Beispiele, angefangen bei den Ogoni in Nigeria, die weltweit in die Schlagzeilen gerieten, als ihr Sprecher Ken Saro Wiwa 1995 durch Diktator Abacha erhängt wurde. In ein schiefes Licht geriet dabei auch der Shell-Konzern, der seit Anfang der fünfziger Jahre bei den Ogoni aktiv ist. Deren Lebensraum wurde schwer in Mitleidenschaft gezogen, ihr Widerstand gewaltsam unterdrückt.

Weitere Fallstudien sind Papua-Neuguinea, Westsibirien, Alaska, Venezuela, Ecuador, Peru und Kolumbien gewidmet. Alle Beispiele werden systematisch nach dem historischen und ethnologischen Hintergrund besprochen, um dann zu zeigen, wie sich die Erdölförderung auf die Gemeinschaften auswirkt und wie die Konzerne sich konkret verhalten.

Ein weiterer Teil des Buches handelt von den internationalen Rahmenbedingungen des Erdölgeschäfts. Dabei wird die Weltbank kritisiert, die mit ihrer Finanzspritze für die Tschad-Kamerun-Pipeline den Konzernen das unternehmerische Risiko absichert und somit erst die Investition auslöst. Bei der Welt Handelsorganisation kritisieren die AutorInnen den Mangel an Umwelt- und Sozialstandards, wodurch die Erdölförderung dem Druck von Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen entzogen werde.

Buch des Monats

ausführliche Besprechung:
Oswald Iten, NZZ vom 2.5.02

ERDBEBEN ODER FLUGZEUGABSTURZ

- Die Aktion Mühleberg stilllegen AMüs verlangt endlich eine klare Antwort auf die unermesslichen Auswirkungen von zwei möglichen Katastrophen.

Erdbeben und Flugzeugabsturz:

Zwei Unfallmöglichkeiten, bei welchen die Schutzeinrichtungen im AKW Mühleberg versagen. Wenn es nach den technischen Regeln der Atombehörden ginge, müssten diese Unfälle "beherrscht" werden. Aber die Überwacher drücken beide Augen zu.

In einem Brief vom 24. Mai an die Atombehörde HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) weisen wir auf die bisher ausweichenden und falschen Behauptungen der Behörden zu den Gefahren des Erdbebens und des Flugzeugabsturzes hin.

- AMüs hat vor ein paar Jahren nachgewiesen, dass im AKW Mühleberg bei grossen Erdbeben das Strahlenschutzgesetz deutlich verletzt wird. Es kann eingewendet werden, dass Erdbeben in der Schweiz selten vorkommen. Aber die Behörden haben den Schutz dagegen selber gefordert, weil man offensichtlich eben damit rechnen muss. Die Daten und Widersprüche der HSK und BKW, welche in den verschiedensten Gutachten dokumentiert sind, haben die Verletzung des Gesetzes deutlich gemacht. - Offensichtlich gibt es keine Stelle bei den Atombehörden, welche bei Gutachten, Studien, Gesetzen und Verordnungen Gegenchecks macht. Manchmal werden wir das Gefühl nicht los, dass für grössere Unfälle der Staat einfach Grenzwerte "hinzaubert", weil das international so gemacht werden muss. Aber die Szenarien nehmen sie gar nicht ernst. Im Herbst 2000 (!) haben wir wegen diesem Sachverhalt beim Bundesrat gegen den Betrieb Mühlebergs geklagt. Das Urteil ist immer noch nicht gefällt...
- Besonders im Zusammenhang mit der Flugzeugattacke auf das World Trade Center sind die Auswirkungen eines Flugzeugabsturzes von öffentlichem Interesse geworden. Was da von den Behörden, insbesondere dem damaligen Chef der HSK, Wolfgang Jeschki, an Verdrehungen und Unwahrheiten herumgeboten wurde, ist der Öffentlichkeit leider zu wenig bekannt geworden. Immerhin wurde der staatliche Ton mit der Zeit moderater: Für Mühleberg und Beznau wurde eingeräumt, dass ein Schutz gegen Flugzeugabsturz nicht zu 100% gegeben sei. Was natürlich auch gelogen ist: Sämtliche, der Öffentlichkeit - demokratisch formell hin und wieder - zugänglichen Akten belegen, dass ein Flugzeugabsturz den sicheren Supergau bedeutet.

Forderung nach umfassender Information

Die Behörden schweigen sich über das Ziel und den Fortgang ihrer Studien zu Katastrophenszenarien aus. Wir müssen Druck machen, damit auch die Resultate veröffentlicht werden.

Die HSK hat vor ein paar Jahren für die Standorte der AKW eine umfassende Studie zur *Erdbebengefahr* angeordnet. Bisher hat erst eine Zusammenkunft der Atomgemeinde stattgefunden, obwohl 2002-2003 definitive Resultate vorliegen sollten.

AMüs fragt: Wie weit ist die Arbeit inhaltlich fortgeschritten? Gibt es Zwischenresultate, welche veröffentlicht werden? Wegen der noch hängigen Klage gegen Mühleberg ist das für uns alle bedeutsam. - Was sind die Termine für die Studien und wie stellt sich die HSK das weitere Vorgehen nach Vorliegen der Resultate vor?

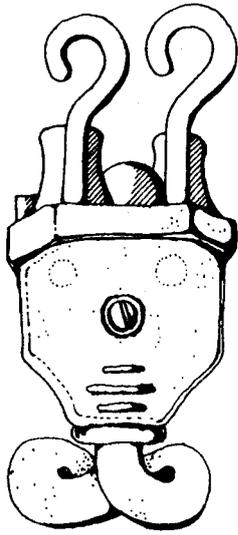
Was den *Flugzeugabsturz* betrifft, werden von der HSK aus für die Schweizer AKW völlig unerklärlich neue Untersuchungen gemacht. Vermutet die HSK neuerdings, dass wenig Beton doch was gegen Jumbos hilft? Wahrlich ein wissenschaftlicher Meilenstein...

AMüs fragt: Was soll die Zielsetzung dieser Studien sein? Werden verschiedene Kategorien von Flugzeugen, auch moderne Passagiermaschinen wie beim Anschlag vom 11. September 2001 beachtet?

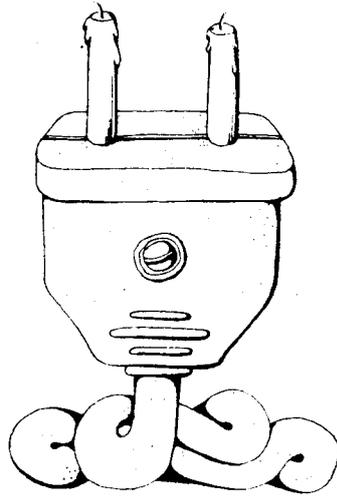
Natürlich möchten wir auch wissen, ob es im Allgemeinen ein *Umdenken in der "Sicherheitsphilosophie"* der Atombehörden gibt. Ein AKW ist nicht nur von Aussen "verwundbar". Wichtige Sicherheitssysteme können mit dem entsprechenden Wissen schnell ausgehebelt werden. Solche Katastrophenszenarien sind bisher nie vorgelegt worden. Behördenintern mögen sie manchmal Gegenstand von Diskussionen sein. Aber beobachten wir die Haltung der schweizerischen Atominstitutionen gegenüber Katastrophenszenarien, so mögen wir kaum an die Ernsthaftigkeit jener Interna glauben...

9

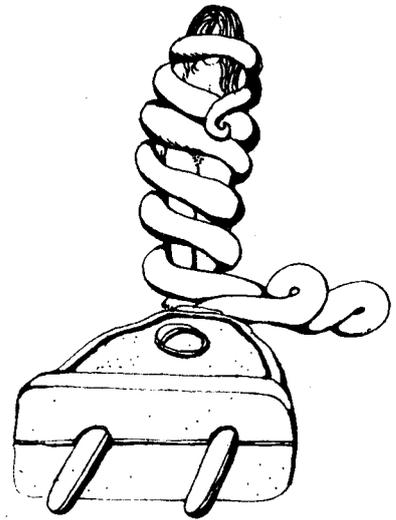
Wenn wir das Besondere suchen, machen wir es den Tätern sehr leicht, sich unserer Aufmerksamkeit zu entziehen.



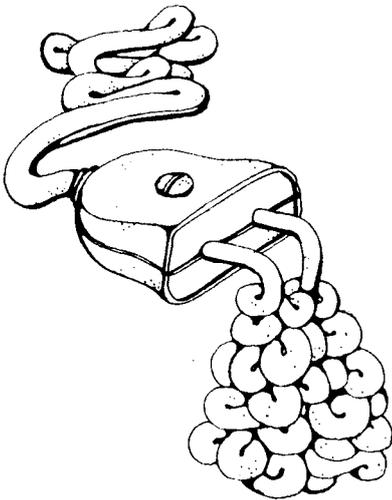
UNBEGRENZTE ENERGIE



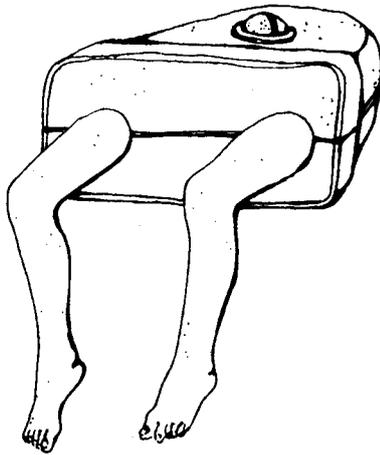
MIT DER KERZE INS BETT



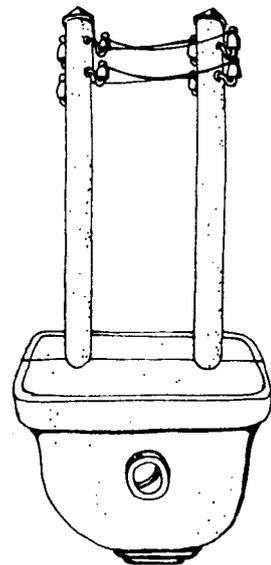
ATOMS for PEACE
(DIE VERFÜHRUNG)



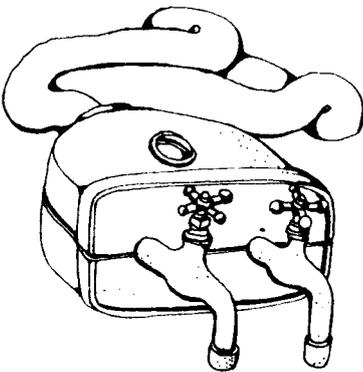
RISIKO-BLABLABLA



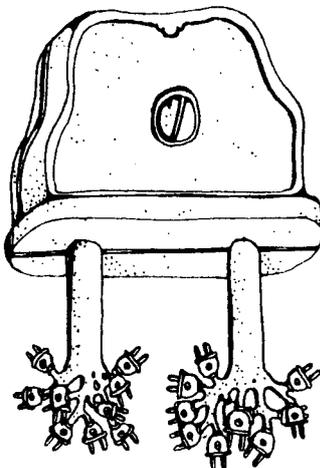
WOHLSTAND



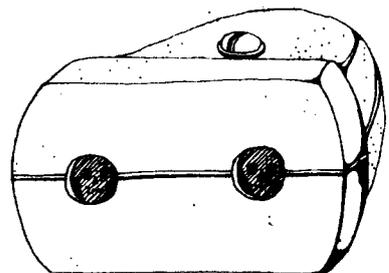
WIRTSCHAFTSWACHSTUM



BEQUEMLICHKEIT



MARKTANTEILE



PRIVATE PROFITE

Petition an das Nidwaldner Volk

Liebe Nidwaldnerinnen und Nidwaldner

Sie haben die schwierige Aufgabe, in Ihrem Kanton über den Sondierstollen für ein atomares Abfall-Lager im Wellenberg abzustimmen. Mit Ihrer Entscheid werden Sie eine Verantwortung tragen, die über die Kantonsgrenze hinausreicht. Denn der Wellenberg ist Trinkwasserlieferant im Herzen der Schweiz. Wellenbergerwasser fliesst bis in den Rhein, der Trinkwasser für Millionen von Menschen in der Schweiz, Deutschland und Holland liefert. Trinkwasser wird immer knapper und wertvoller: Auf der Welt gibt es 1,1 Milliarden Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Tendenz zunehmend.

Weder normaler und schon gar nicht radioaktiver Abfall gehören in Quellgebiete. Helfen Sie mit, dass das kostbare Gut des Kantons Nidwalden auch in Zukunft von bester Qualität bleiben wird. Denn der Wellenberg ist auch unser Quellenberg.

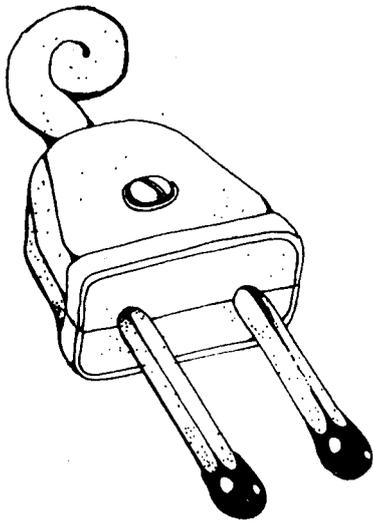
Sie haben unsere volle Unterstützung.

(Bitte wenden und unterschreiben)

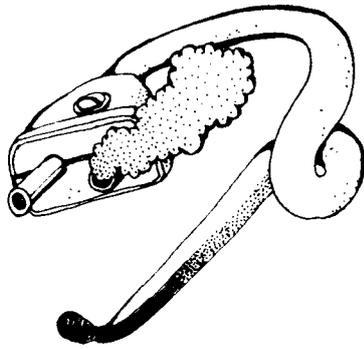


Installation von Fredy Odermatt, Stans

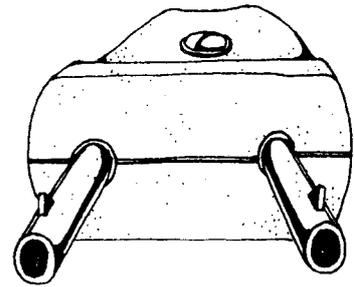




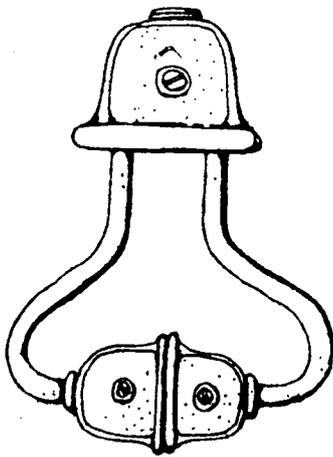
DER STROM
AUS DER STECKDOSE



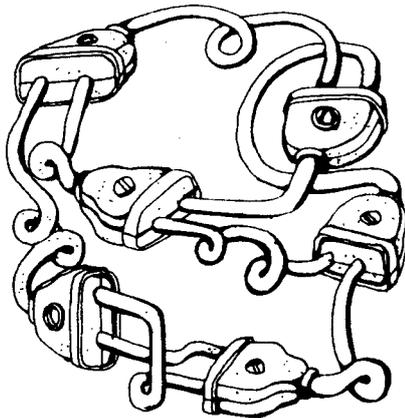
ABSTIMMUNGSKAMPF



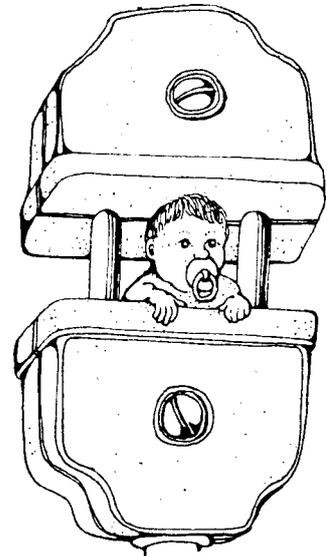
ENERGIEFRIEDEN



POLITIKER/INNEN



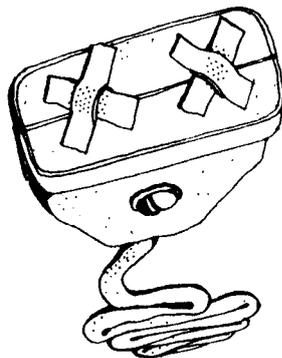
FILZ



KOMMENDE
GENERATIONEN

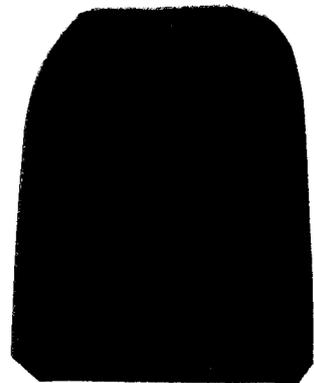


ALTERNATIVENERGIE



ENERGIE SPAREN

STECKER-ZEICHNUNGEN
von Andreas Fink + AMüs
1981 / 2002



WIDERSTAND
ORGANISIEREN!

NEIN zum ElektrizitätsMarktGesetz: Schadensbegrenzung ist noch möglich!

EMG

wem nützen Deregulierung und Privatisierung des Strommarktes?

In Europa gibt es Strom-Überkapazitäten von mehr als 50 Atomkraftwerken. Weshalb werden die alten Schrottreaktoren dennoch nicht stillgelegt? Stromer wollen maximalen Profit, ein stetiges Wachstum beim Stromverbrauch, keine Auflagen vom Staat und keine Einmischung durch das Volk. Behalten wollen sie die Gestaltung der Preise nach ihren Kapitalbedürfnissen, die Umverteilung von Kosten auf die NormalverbraucherInnen und die Abwälzung des Risikos auf die Regierung, respektive die Gesellschaft.

Unter europäischen Bedingungen von Liberalisierung und Globalisierung weiterhin „grosse Kohle“ zu holen, stellt an Atomer, Produzenten, Händler, Wasserkraftbesitzer, Importöre und Exportöre je etwas andere Auflagen. Die Rasanz des Wechsels internationaler Rahmenbedingungen, die ständig ändernden und ungewohnten Allianzen, die weitreichende gesellschaftspolitische Einflussnahme der Stromgiganten verunmöglichen vielen StimmbürgerInnen eine klare Sicht auf die Entwicklung. Das Hin und Her seit den ersten Vorschlägen für das EMG und die konträren Interpretationen durch PolitikerInnen verwirren, erschweren die Entscheidung und machen dadurch die Abstimmung gefährlich unattraktiv! Es ist kein Zufall, dass sich SozialdemokratInnen, Umweltverbände und Grüne heute an der Frage des EMG spalten. Bescheidene Zugeständnisse im Abstimmungspoker haben das geschafft. Bei den BefürworterInnen wird u.a. eine verbesserte Zu-

„Wir haben über 1000 Elektrizitätsgesellschaften, in denen immer noch reihenweise PolitikerInnen vertreten sind. Da geht es um Pfründe, die lange Zeit niemand anzutasten gewagt hat.

Der Druck aus dem Ausland wird eine ganz neue Dynamik zur Folge haben. Ich erwarte, dass es in ein paar Jahren nicht mehr tausend Schweizer Stromgesellschaften, sondern noch eine Handvoll geben wird - und die werden mit dem Ausland verbunden sein - sei es durch Allianzen, sei es durch Beteiligungen.“

AMüs: wem werden wohl die Pfründe dann gehören?

weisung von Preisen und Kosten auf die einzelnen Energieproduktionsarten erwartet. Sie gehen davon aus, dass es bei einem „funktionierenden Wettbewerb“ unmöglich würde, AKW über andere Erzeugerarten zu quersubventionieren wie bisher. Zudem verpflichtet die überarbeitete Vorlage, Strom aus erneuerbaren Energien während 10 Jahren gratis durchs Netz zu leiten. Damit würde Alternativstrom mit etwa 30 Mio Franken jährlich unterstützt. (Wären die Energieabgaben 2000 angenommen worden, hätten die Alternativenergien mit jährlich bis zu 600 Mio gefördert werden können - was den derzeitigen Köder als mageren Knochen erscheinen lässt).

Es stehen sich also vereinfacht gesagt folgende Positionen bei den UmweltschützerInnen gegenüber: einerseits einige konkrete Zugeständnisse in der Tarifordnung, bei der Versorgung der KonsumentInnen, bei der Unterstützung der Alternativenergien, sowie die Hoffnung, noch etwas politischen Einfluss bei der definitiven Ausgestaltung des EMG geltend machen zu können. Für die Gegenseite werden die Weichen langfristig in die falsche Richtung gestellt. Antiatompolitik, Umweltschutz und Demokratie wird 'ein Elektroschock verpasst'.

Grundwerte statt Konsumzombies!

Für AMüs sind „Wettbewerb“ und „freier Markt“, alles andere als neutral oder an sich erstrebenswert. Das Elektrizitätsmarktgesetz ist ein Puzzleteil im Machtpoker innerhalb der Merkmale der neuen Weltunordnung. Immer mehr wird deutlich, dass Energie- und Umweltprobleme nur in enger Verbindung mit den gesellschaftlichen und sozialen gelöst werden können. Es gilt,

den ökonomischen Zwängen soziale und ökologische Ziele als prioritär entgegen zu setzen. Die Liberalisierung des Strommarktes löst eine nicht zu unterschätzende Eigendynamik auf die politischen Zustände aus. In der Schweiz geht es um einen Markt von mindestens 10 Milliarden Franken - vorerst. Noch kommen 60% des in der Schweiz produzierten Stroms aus Wasserkraftwerken: saubere, erneuerbare, sichere Energie, soweit Energieproduktion das überhaupt sein kann. Nur spärlich öffentlich thematisiert sind die Auswirkungen auf die real existierende Demokratie.

**zur Entscheidungsfindung gibt es vier grundlegende Anhaltspunkte:
wirkt sich das Elektrizitätsmarktgesetz längerfristig positiv aus**

- auf demokratische Prozesse, verbesserte Transparenz des Wirtschaftsgeschehens und eine reelle Einflussnahme von Betroffenen?
- auf Entschwendung und Förderung erneuerbarer Energien?
- auf die Notwendigkeiten der Klimapolitik?
- auf faire Preise, faire Arbeitsbedingungen, fairen Handel - lokal und global?

- die Antwort ist für alle Bereiche negativ!

falsche Hoffnungen in den Markt beschleunigen das Prozedere

PolitikerInnen verkünden, dass die unanagemessenen Monopolgewinne, welche die Strombranche im heutigen Monopolsystem erzielt, in angepeilten Strommarkt nicht mehr möglich seien, dadurch sinke das gesamte Preisniveau. Wer ihnen glaubt, wird sehend werden! Wie ist es z.B. zu erklären, dass die Wirtschaftsverbände 5 Millionen Franken für ein JA in dieser Abstimmung zum EMG investieren? Ziel ist nicht nur der Elektrizitätsmarkt, sondern in der Folge auch Post, Bahn, Telefon, Bildung, Gesundheitswesen, Altersversorgung. Es geht darum, der privaten Akkumulation mehr Verfügungsgewalt zu verschaffen.

Obwohl der Strommarkt seine Besonderheiten hat, hat er doch auch Gemeinsamkeiten, d.h. Anfälligkeiten, wie sie etwa der Telekommunikations- oder Computermarkt aufweisen: Dumpingpreise - solange, bis die Monopolstellung von 4-5 Grossanbietern neu regliert ist. Wo Billigware auf den Markt gepumpt wird, wird in der Regel an Löhnen, Sozialabgaben, Sicherheitsauflagen und Umweltschutz gespart - wo denn sonst? Dass der Billigstrom keine Marginalie sein wird, ist klar, denn alle grossen Unternehmen können sich europaweit den für sie billigsten Anbieter aussuchen. Die Übertragungsverluste werden gekonnt heruntergespielt. Die

Transparenz über Herstellung und Tarife ist erfahrungsgemäss bei international tätigen, mehr oder weniger privatisierten Giganten nur in Ausnahmefällen gegeben. Rechtliche Grundlagen wurden zudem für Besitz und Wirtschaft weiter verfeinert und machen die



künftigen Energieunternehmen fast unanfechtbar. Auch der Europäische Gerichtshof hat sich zwischen Atomenergie und Menschenrechten bisher immer auf die Seite der Atomenergie gestellt. Die jahrzehntelange Energiegeschichte von Filz, Absprachen, Gegengeschäften und Politiklügelei wird durch eine Öffnung des Strommarktes nicht einfacher zu denunzieren oder zu bekämpfen, und schon gar nicht löst sich das Problem durch den Markt wie von selbst!

Ein lokales Beispiel zum Verlauf eines Prozesses der Liberalisierung ist im Artikel zur BKW nachzulesen. Wenn sich gemischtwirtschaftliche Betriebe mit Hilfe der Behörden wie private Konzerne

gebärden - soll man sie dann besser gleich ganz privatisieren oder globalisieren? Anzeichen, dass bei den neu anvisierten 'deregulierten' Besitzverhältnissen AtomgegnerInnen künftig ein neues (inhärent sicheres, natürlich) AKW oder ein überrissenes und umweltzerstörendes Pumpspeicherwerk werden verhindern können, sind nirgends in Sicht. Das EMG ist keineswegs konsumentInnenfreundlich. Machtpolitische Preisgestaltung, Marktbeherrschung durch Giganten und Versorgungssicherheit der Bevölkerung bleiben weitgehend ungelöst. Eine Einflussnahme von KonsumentInnen, die nicht nur zeitweisen Billigstrom wichtig finden, sondern auch Arbeitsplätze und Ökologie, ist schon gar kein Thema!

programmierte Energieverschwendung

„Fit für den freien Markt“! Überall heisst das, Eroberung der Märkte, verstärkter Absatzdruck. Die schweizerischen Stromkonzerne drängen nach Italien, in die deutsche Strombörse und so weiter. Wer Strom dealen will, wer um Grossabnehmer buhlt, nützt in sinnlosem Mass die einzige Strom-Speichermöglichkeit der Pumpspeicherseen. Atomstrom wird mit der Pumperei vernichtet, aber die Liberalisierer haben auch nicht das geringste Interesse am Stromsparen und effizient nutzen. Verkaufen, Verpuffen, das bringt die Devisen!

Die Ja-SagerInnen mobilisieren unterschwellige Ängste: Unterbrüche in der Stromversorgung, die alle NutzerInnen eines Gebietes in bereits laufenden Handlungen treffen, bedeuten einen Kosten- und Risikofaktor. Am Fließband kann für (gewerkschaftlich organisierte) ArbeiterInnen ein Stromunterbruch noch willkommene Abwechslung sein, aber im Banne des Computers hört der Spass auf! Andererseits kann eine Übernutzung des Netzes weitreichende Folgen haben, bis zum Zusammenbruch des Netzes mit Schädigung von Installationen. Strom fliesst zudem nicht auf eindeutigen Wegen durch das Netz und ermöglicht energiepolitischen Machtspielen, Konkurrenz und Betrug ein weites Feld. Die spektakulärsten Beispiele boten die Ereignisse im kalifornischen Strommarkt: Stromknappheit, erzwungene Abschaltungen, Insolvenz grosser Stromversorger und horrenden Rechnungen für die SteuerzahlerInnen. Je höher der Atomstromanteil an der Versorgung 'gediehen' ist, desto grösser und unberechenbarer werden die Risiken. Die „Erhöhung der Effizienz durch Wettbewerb“ als Ziel des EMG ist ein Widerspruch in sich! Damit wollen wir uns absolut nicht wieder für die alten Strommonopole, welche auf Kosten der Klein-konsumentInnen wirtschafteten, einsetzen. Aber auf die Tagesordnung müsste nicht Deregulierung, sondern etwas wie eine zukunftsgerichtete, sozialverträgliche, ökologische Planwirtschaft.

Strom ist im digitalen Zeitalter das geworden, was Benzin für die Automobilwirtschaft und gesellschaftspolitische Mobilität. Dezentrale, erneuerbare Energiequellen, die fehlerfreundlich, verhältnismässig leicht regulierbar und überblickbar sind und keine Lockvogelangebote für die internationalen Dealer bieten, bilden die einzige Möglichkeit, die absehbare Zunahme von Verschwendung und Abhängigkeit in den Griff zu bekommen.

Tatsache ist, dass der Schweizer Elektrizitätsverbrauch um weitere 2,6 % gestiegen ist (1400 Gigawattstunden. Alle Solaranlagen produzieren etwa 10 Gigawattstunden jährlich.). Gegenüber 1990 hat der Stromverbrauch 10% zugenommen - trotz oder wegen der Anreize, Appelle, Beteuerungen, Massnahmen. Auf Einsicht und langfristig ausgerichtete Vernunft der Mehrheit der KonsumentInnen kann offenbar nicht mehr gezählt werden.

Beide Gruppen - die Atel im Westen und die Watt im Osten - gehören zum Teil ausländischen Stromfirmen. Wird die Schweiz punkto Strom von den grossen Europäern aufgeteilt?

„Ich denke, ja. Das ist eben das Resultat dieser langwierigen Liberalisierung. Aufgrund des mangelnden Wettbewerbs hat es die Schweizer Stromwirtschaft leider verpasst, von sich aus effiziente Strukturen zu schaffen.“

noch mehr Schrumpf- und Schein(e)-Demokratie und weniger Arbeitsplätze?

Die Abhängigkeit umfasst hierbei alle Aspekte, von der Versorgung über längerfristig steigende und kaum noch zu beeinflussende Tarife für Haushalte und Kleinbetriebe, bis zur bürgerrechtlichen Einflussnahme und Gemeindeautonomie. Widerständige gegen Atomanlagen, Fremdbe-

stimmung, Umweltzerstörung usw. werden künftig noch leichter als „Störfaktor“ oder gar „Terroristen“ ausgeschaltet werden.

Über 1000 Stellen sind in Prozess der Umstrukturierung der Elektrizitätsbranche bereits abgebaut worden. Die Gewerkschaften befürchten eine Reduzierung von Arbeitsplätzen bis zu 30%, in einem Markt von gegenwärtig rund 20'000. Im gesamten EU-Raum hat die Liberalisierung des Strommarktes bereits 350'000 Arbeitsplätze weggeputzt.

Werden unsere Stauseen also bald einmal im Besitz von Ausländern sein?

„Diese Gefahr besteht durchaus.

Alle Infrastruktur-Gesellschaften konsolidieren sich über die Landesgrenzen hinweg.“

.....
(Fetzen aus dem BZ-Interview von Andy Bantel mit David de Pury, Präsident der Strombeteiligungsgesellschaft EIC, vom 1.7.2000)

Die geplante Liberalisierung des Strommarktes in der Schweiz - wie sie im Elektrizitätsmarktgesetz vom 15. Dezember 2000 vorgesehen ist, begann eigentlich erst Mitte der Neunziger Jahre auf Druck der EU. Die Verzögerung auf die Nachbarländer ermöglicht heute, die negativen Auswirkungen rundherum zu beobachten. Dank der Weitsicht und dem Engagement der Gewerkschaften, einiger Linken und Grünen, die das Referendum ermöglichten, muss das EMG jetzt als letzte Hürde vors Volk.

Viele vermuten, dass das Ganze nur noch ein abgekartetes Spiel ist. Aber auch bei einer Annahme des EMG bleiben etliche Details ungeklärt, diese werden erst nach und nach über den Verordnungsweg, über regulatorische Eingriffe der Überwachungsbehörde und dem Kräfteressen der Branche ausgejast. Hier sehen die sich auf Umweltschutz und KonsumentInnen berufenden Ja-SagerInnen eine grosse Chance. Wir denken, dass sie sich da aber gewaltig überschätzen! Die Glaubwürdigkeit oder die Kompetenz von EMG-VertreterInnen kann daran gemessen werden, wie sie zur Macht stehen, an ihr beteiligt sind oder beteiligt werden möchten, und ob sie die menschenverachtenden Merkmale der neuen Weltordnung auch

bezüglich der Veränderungen im schweizerischen Strommarkt berücksichtigen. Das EMG kommt nicht im luftleeren Raum daher!

Die Voten von de Pury in den Kästchen sollten zum Nachdenken anregen, was die Macht der künftigen Stromriesen in Verhandlungen „am grünen Tisch“ vorgeben wird.

Ideologien contra Illusionen und Manipulation?

Durch die aktuelle Kritik an Liberalisierung und Privatisierung, an Globalisierung und neuer Monopolbildung ist der Staat bei den sozial Engagierten aus der Schusslinie gerückt. Der Markt scheint eine besondere Rolle als Subjekt zu bekommen. Der Staat als Konglomerat der wirtschaftlichen und finanziellen Interessensvertretung wird nicht mehr als Instrument der kapitalistischen Produktionsweise wahrgenommen, sondern als das kleinere Übel gegenüber den mafiösen Bonzen. Bei marktvermittelter Vergesellschaftung, bei staatlicher Planung, bei Integrationsverhandlungen mit EU und USA im Rahmen der 'neuen Weltordnung', geht es um die Strukturierung vorgegebener Elemente einer Gesellschaft, die ihr Sein auf die Verwertung des Werts, auf die Akkumulation von Kapital in allen heutigen Formen begründet. Auf Grund von mangelndem oder fehlendem Widerstand gegen die 'global players' wird dem Nationalstaat wieder vermehrt die Rolle des vernünftigen, fairen, weitsichtigen Schiedsrichters zugetraut, der minimale Standards und Rahmenbedingungen gegen Verarmung, Verschmutzung, Vernichtung durchsetzt. Was wir aber schon nur über die letzten zwanzig Jahre beobachten können, ist eine Salamitaktik und Verzögerungsstrategie, Abfederungsmassnahmen für die Hinnahme einer Politik der Wirtschaftsmacht und Zerstörung der Lebensgrundlagen, auch kommender Generationen. Die Entscheide in der Energie- und Ressourcenpolitik geben dafür ein lückenloses Beispiel, vom Bundesrat bis zu Dori Schär auf Gemeindeebene. Da geht es nur ganz ausnahmsweise um Demokratisierung, Sozialisierung, Nachhaltigkeit und schon gar nicht um visionäre Neuorientierungen, welche die Profite irgendwie schmälern könnten. Diese Ansicht bedeutet nicht, dass dieses Feld kampflos geräumt werden soll. Bloss die Illusionen in den Staat als Robin Hood, als Stellvertreter für unser eigenens Tun, sollen das Feld räumen. Noch viel weitreichender zerstörerisch wird es ausgehen, wenn die Elektrizitätsgiganten in ihrer Macht und in ihren Planspielen unterschätzt werden.

Explosion zerfetzt Notkühlleitung

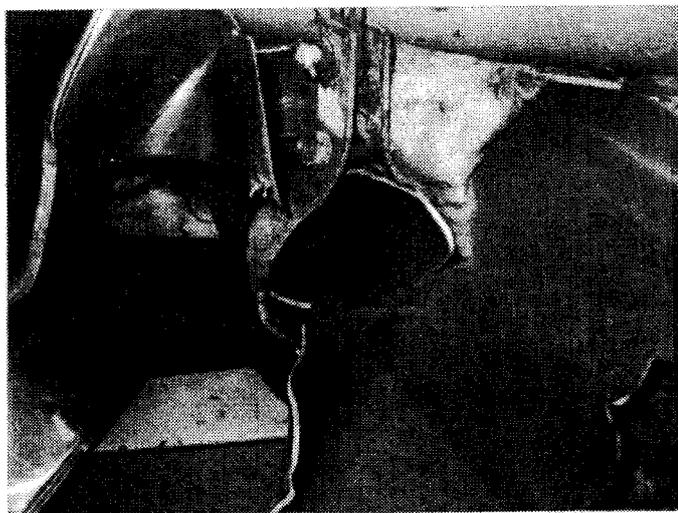
Drei Meter Abriss einer Kühlleitung - large Untersuchungen - zu spät erkannte Drohung eines grösseren Unfalls. Ein Lehrstück, wie Technologie "unter Kontrolle" gebracht wird. Stets gelobte Exaktheit der Technik wird mit der Schludrigkeit der Techniker mehr als aufgehoben.

Am 17. Dezember 2001 wurde das Ministerium für Finanzen und Energie von Schleswig-Holstein (BRD) als Aufsichtsbehörde über AKW telefonisch über einen "Störfall" informiert: Die Betreiberin KKB GmbH des AKW Brunsbüttel teilte mit, dass im Sicherheitsbehälter Dampf "freigesetzt" worden sei. Eine unbedeutende Dichtung habe geleckert. Pikant: Dieses "Ereignis" hatte schon drei Tage zuvor stattgefunden. Da keine Verseuchung gemessen worden war, wurde von den Betreibern der Unfall als unbedenklich eingestuft.

Die Zeitbombe

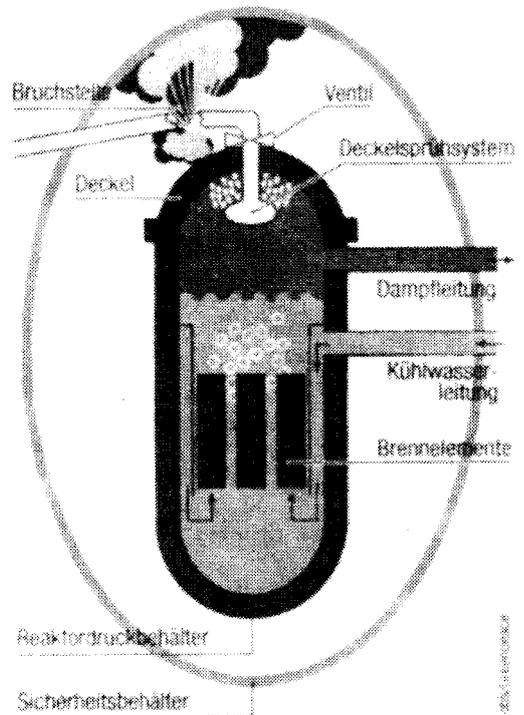
Von da an fingen die Mühlen zu laufen. Aber weder die Analysen der KKB, noch die Gutachten des TÜV basierten darauf, dass mal ein paar Personen sich in den Reaktor wagten. Am Schreibtisch wurden Szenarien durch"gespielt", bis endlich von offizieller Seite gefordert wurde, dass die KKB bis Ende Januar Fakten vorweisen müssen. Erst anderthalb Monate nach dem Unfall sollte also geklärt werden, ob nicht eine Leckage in den Dampfdruck- oder Wasserleitungen (welche beide direkt am Reaktor angeschlossen sind) Ursache für den Unfall gewesen sind. - Über zwei Monate verstrichen, bis endlich eine Inspektion durchgeführt wurde. Das Ergebnis sah erschreckend aus:

Die Inspizienten fanden vor sich ein Trümmerfeld: Über drei Meter einer Leitung im Kernsprühsystem waren abgerissen. Dieses System dient zur Notkühlung bei einem Unfall. Im "Normal"betrieb hat sie keine Sicherheitsfunktion, sie dient beim Abschalten des Reaktors lediglich als zusätzliches, nicht unbedingt notwendiges Kühlsystem. Trotzdem wirft der Unfall viele sehr ungemütliche Fragen auf. Wie kann es zu einer so starken Explosion kommen? Welche Sicherheitskomponenten hätten ebenfalls beschädigt werden können? - Endlich wurde das AKW definitiv abgeschaltet.



Detailaufnahme der explodierten Leitung

Panne im AKW Brunsbüttel



Der Unfall

Zur Zeit erklärt man sich den Bruch, der immerhin eine Rohrwand von 6-8 Millimetern betroffen hat, mit einer Wasserstoffexplosion. Zwar entsteht bei Siedewasserreaktoren (Mühleberg ist ein Siedewasserreaktor, Beznau ist ein Druckwasserreaktor) wegen der radioaktiven Strahlung im Kühlkreislauf Knallgas. Aber mit eigens dagegen installierten Einrichtungen soll dieses entfernt werden. Sämtliche Berechnungen, welche die Grundlage für diese technischen Gegenmassnahmen sind, hatten bisher "bewiesen", dass keine Knallgasexplosion auftreten kann. Offensichtlich klappte das in Brunsbüttel nicht.

Einzig die BKW weiss, dass in Mühleberg Ähnliches nicht auftreten kann. Wieder schaut man weg, wieder werden nicht Analogieschlüsse gezogen. Brunsbüttel liegt schliesslich in Deutschland.

Gegen Atomkraft - Für Demokratie

Zum 16. Jahrestag der Atom-Katastrophe von Tschernobyl organisierten die ÄrztInnen für soziale Verantwortung PSR/IPPNW in Basel ein zweitägiges internationales Symposium. Die Internationale Atomenergie-Agentur war ebenso vertreten wie der japanische Widerstand gegen die Verwendung von Plutonium-Brennstoff in AKW. Ein Umdenken nach dem Anschlag auf das World Trade Center fordern atomkritische Kreise; die Offiziellen sehen sich kaum gestört...

Erzwingt der hollywoodsche Techno-Anschlag ein Umdenken?

Die Tagung der PSR Schweiz stand unter dem Zeichen "Rethinking nuclear energy and democracy". Damit waren zwei Gedankenstränge gemeint:

- Hat sich nach dem "11. September", dem Anschlag auf das World Trade Center, für die wissenschaftliche Beurteilung der Atomtechnologie etwas verändert?
- Weit parteilicher war die Problemstellung, auf welche Art demokratische Strukturen Atomtechnologie in Frage stellen und was im wissenschaftlichen Kampf gegen die Atomtechnologie möglich und notwendig ist.

Der "11. September" hat bei den Atomtechnokraten selber (bis jetzt jedenfalls) nichts verändert. Es wurden höchstens organisatorische Massnahmen wie Flugzeugabwehr in Betracht gezogen. Demgegenüber machte die Tagung deutlich, dass die bisherige "Risikophilosophie" nur beschränkte Gültigkeit hat. Wir von AMüs sehen uns von verschiedenen Vorträgen und Voten internationaler Organisationen in unseren Bestrebungen gegenüber den Atombehörden bestätigt:

- Fest formulierte technische Regeln über Bauweise, technische Ausrüstungen und materialtechnische Fertigung sind weiterhin notwendig. Regeln müssen auf den entsprechenden internationalen Forschungsergebnissen basieren.
- Mit Wahrscheinlichkeitsüberlegungen kann die Unsicherheit der AKW nur begrenzt beurteilt werden. Solche Studien machen mögliche Unfallszenarien und Ausfallraten der einzelnen Schutzmechanismen ausfindig, aber sie berücksichtigen kein "menschliches Versagen", geschweige denn menschliche Zerstörungsabsicht. Zudem unterminiert der oft vorgetragene Grundsatz, dass ein AKW gut ist, wenn eine Katastrophe nur einmal in 10'000 Jahren auftritt, alle Sicherheitsreserven. Denn nicht mehr der technische "Schutz", sondern die Zahlen sollen ausschlaggebend sein.
- Schwachstellenanalysen welche die Anfälligkeit von AKW-Einrichtungen auf aktive Zerstörung (Zugänglichkeit, Absicherungen usw.) untersucht, sind dringend nötig. Genau dies verlangen wir von der Aktion Mühleberg stilllegen seit Anfang 2002 von der Überwachungsbehörde HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernkraftwerke).

In diesem technischen Umfeld waren nun die Demokratie und das öffentliche Interesse zu diskutieren.

Scheinheiliges Spiel der Überwacher und Atompromotoren

In seinem Referat war Wolfgang Jeschki (kürzlich pensionierter Chef der schweizerischen Atombehörde HSK) in zwei Dingen bemerkenswert: Er klammerte sich stark an die Rahmenbedingungen von Bundesverfassung und Gesetzgebung, welchen die Behörden "unterworfen" seien. Im Herbst 2003 habe die Bevölkerung wieder die Möglichkeit, sich zu der Verwendung der Atomkraft zu äussern (Initiativen Atom-Ausstieg und MoratoriumPlus). Dies sei durch das Initiativenrecht garantiert. Hier übergab Jeschki die ganze Verantwortung der Bevölkerung - ein Ansatz, welcher vor Demokratie trieft. Die Behörden sind "neutral" und richten sich nur nach dem Volks-Wunsch. - Weiter betonte Jeschki die Befruchtung der Arbeit der Bundesbehörden durch die atomkritischen Organisationen, eine entwaffnend vereinnahmende Haltung. Die Anti-Atom-Bewegung hat schliesslich immer gesagt, dass unsere Aufsässigkeit die Überwacher zu mehr Offenheit gegenüber der Bevölkerung und mehr Massnahmen bei den AKW zwingt. Genau betrachtet wird durch

Jeschkis Aussage eine machtpolitische Kategorie ("zwingen") zu einer rein biologischen ("befruchten") heruntergespielt!

Wenn es hart auf hart geht, zum Beispiel bei der Darstellung der "Sicherheit" der AKW gegen Flugzeug-Absturz/Angriff, da sieht Alles schnell anders aus. Da wird der Öffentlichkeit Einiges an Falschinformationen aufgetischt.

Kriterien der Kritikfähigkeit

Spannend wurde die Diskussion um das Vorgehen und die Bedingungen für einen (wissenschaftlichen) Widerstand. Mycle Schneider von WISE Paris (World Information Center on Energy, Paris) präsentierte einige Kernpunkte. Eine widerständige/kritische Wissenschaft hat seiner Meinung nach folgende Bedingungen zu erfüllen:

Unabhängigkeit der ForscherInnen: es darf keinen Interessenskonflikt geben

- Eine Position "ausserhalb" des gängigen Atom-Betriebs ist Grundvoraussetzung für Unabhängigkeit und kritische Arbeit.
- Konkret muss diese Position durch eine Unabhängigkeit von Industrie usw., aber zugleich auch von Stiftungen und Bewegungen garantiert sein.

Qualifikation

- Sowohl auf Konzept-, als auch auf Methodenebene muss eine klar ausgedrückte Linie verfolgt werden, damit eine gültige Qualität der Arbeit garantiert ist.
- Diese Qualifikation bürgt für Professionalität und muss sich von (zum Beispiel anti-atomarem) Wunschenken abheben.

Klare Positionen

- Eine gewisse Parteilichkeit kommt in folgenden Ansprüchen zur Geltung: Die Position muss internationalistisch, systemisch (von Strukturen her gedacht) und dynamisch (konkrete Erkenntnis und Kritik sind nicht ewig gültig) sein.
- Kollektive Interessen stehen vor den individuellen.
- Transparenz - Kommunikation - Information: Dies sind unabdingbare Elemente. Auch hier gilt die Unabhängigkeit, denn es braucht eine schonungslose Öffentlichkeit.

Ist eine atomfeindliche wissenschaftliche Bewegung in Sicht?

Diese Thesen stehen in gewissem Gegensatz zu Jeschkis Voten, sind provokativ. Beruhen sie aber nicht - etwas ausgefeilter als bei Jeschki - auf der Vorstellung von Neutralität?

Natürlich wird ein pointierter Standpunkt vertreten - beispielsweise mit dem Ansatz, das Spezifische dem Übergreifenden unterzuordnen, die Umwälzpumpe im Reaktor nicht so wichtig zu nehmen wie die transnationalen Schiebereien im Business innerhalb der Atomkette (Stichwort: Uranmunition und Plutonium-Brennstoff).

Im Rahmen der bürgerlichen Demokratie muss natürlich eine gutachterliche Tätigkeit bei juristischen Verfahren möglichst "unparteilich" vor sich gehen. Befangenheit ist eine Falle, in welche so manche Gerichte die KritikerInnen locken wollen. (Befangenheit ist aber auch schon Atomförderern nachgewiesen worden - mit den Folgen des Ausschlusses aus einem Verfahren). Selbstverständlich muss sich ein Öko-Institut Darmstadt (Verfasser der ersten von Schweizer Behörden unabhängigen Studie zum AKW Mühleberg), welches mit drei Wissenschaftlern in offiziellen Gremien vertreten ist, im Rahmen der demokratisch vorgegebenen Spielregeln bewegen. Diese Spielregeln gilt es jedoch immer auszunützen, ja sogar neu zu definieren. - Das ist das so genannte "Demokratie-Spiel", welches auch wir mit unseren ausserparlamentarischen Anträgen und Forderungen durchzuziehen versuchen.

Der Rahmen der Demokratie bekommt mit der Thesen zum Anspruch auf Öffentlichkeit Kontur. Unausgesprochen erhält dieser Punkt subversiven Charakter. Öffentlichkeit sollte in der Demokratie eigentlich selbstverständlich garantiert sein. Ohne diese ist kein Meinungsbildungs-Prozess möglich. Die Forderung ist aber - speziell im Atomstaat - nicht erfüllt. Was ohne Beteiligung der Bevölkerung entschieden und geschoben wird, wird häufig mit dem Argument des Betriebsschutzes und der Gefahrenabwehr hinterzogen. In der Schweiz kommen zudem noch staatliche Spezialitäten der Konkordanz hinzu, wo auf "sub-politischem" Parkett geheim hinter verschlossenen Türen Aushandlungen zwischen KontrahentInnen stattfinden. Die Kultur des Streitens, des Klagerechts, der Anhörung - das alles ist der Schweiz fremd; nicht so in der BRD, in Frankreich, in den USA.

Wie ist wissenschaftliche Entlarvung mit Widerstand zu koppeln?

Demokratie und Wissenschaft: Es ist das grosse Verdienst der Tagung der PSR, diese Verknüpfung angegangen zu haben. Damit ist nämlich der Faden aufgenommen, dass Wissenschaft in einem gesellschaftlichen Umfeld steht, welches sich im Grossen wie im Kleinen immer verändert. Wissenschaft ist nicht neutral.

Trotzdem können wir uns des Eindrucks nicht verwehren, dass mit der kategorischen Forderung nach Unabhängigkeit gemeint ist, dass dies allein und zwingend ein (wissenschaftlich) kritisches Verhalten und die Aufdeckung von Problemen und Widersprüchen zur Folge hat. - Dies gilt sicher für die kritischen Institute, die es schon fast auf der ganzen Welt gibt. Es darf aber nicht vergessen werden, dass die Biografien der GründerInnen dieser Institute immer in Kritik *und* Kampf begonnen haben. Und dass mit dem Wachstum der Institute diese immer mehr entpolitisiert werden - der radikalen Demokratie "ideologisch" sogar verlustig gehen. Denn "Demokratie" heisst noch immer nicht allein Aufklärung, sondern Kampf, Strategie, Taktik.

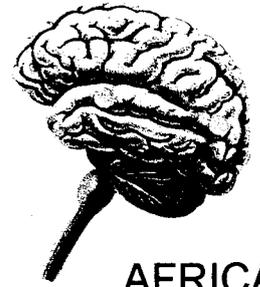
Kontrapunkte sind Menschen, die gelebte Wissenschaft verbinden mit gelebtem Widerstand im Dreck der Bauplätze und auf der Widerlichkeit der Strasse. Oder mal erfahren haben, wie das konkret aussieht. "Wissenschaft ist parteilich". Wer auf der Strasse steht, mit den Leuten redet, streitet, hat einen anderen Untersuchungsgegenstand als wer sich nach den Medien oder den wissenschaftspolitischen Karrieren orientiert und dort den Platz garantiert haben will. Wer die Globalisierung und den Kampf dagegen, die bewegenden Momente für ein Existenzrecht analysiert, macht andere Studien zur Atompolitik und -technologie als wer sich nach den Parlamentsdebatten richtet.

Das Elend der zersplitterten Wissenschaft

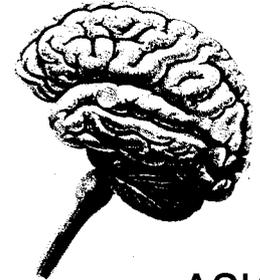
Die fulminante Rede eines japanischen Bürgermeisters an der PSR-Tagung demonstrierte auf eindruckliche Art, wie Wissen und mutiger Widerstand innerhalb parlamentarischer Rahmenbedingungen plötzlich Türen öffnen können. Formelle Demokratie (nicht ausserparlamentarische), lokale Politik, werden plötzlich zum Motor der Geschichte gegen nationale und supranationale Interessen.

Was ist aber wissenschaftlich zu tun, dass solche Kämpfe nicht als Anekdoten (bestenfalls in Geschichtsbüchern) verschwinden? Warum wurde der (sich innerhalb reiner staats-demokratischer Regeln bewegende) Widerstand am Wellenberg zum aufmüpfigen Referat an die PSR-Tagung gerufen? - Das Symposium hat die Frage nach der Erklärung von Widerstand nicht gestellt. Insofern lässt sie sich nicht beantworten. - Aber eine Wissenschaft, die für Widerstand taugt, müsste zumindest entwerfen können, welche gesellschaftliche Bedeutung (aus Sicht des Kapitals und aus Sicht der Betroffenen) der Atomsektor hat. Es müsste, auf detaillierterer und schwierigerer Ebene, bestimmbar sein, weshalb die Leute in den verschiedenen Gegenden der Schweiz so unterschiedlich auf die Ängste um Risiko, Atommüll und Versorgung reagieren - und das signifikant!

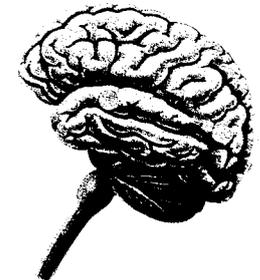
Wissenschaft wäre dann eine theoretische Disziplin, welche aus der aktuellen Situation über Widerstand nachdenkt und zwar im Zusammenhang mit der Atomtechnologie als Technologie und Wissenschaft. Das ist einfacher in der Soziologie als in der Naturwissenschaft. Das war einfacher zur Zeit von Aufständen der Siebziger Jahre als in Zeiten des Stillehaltens. Aber es wäre wünschenswert, wenn sich so etwas entwickeln würde und wir dazu beitragen könnten: nicht nur als Untersuchungsgegenstand, sondern als Beteiligte.



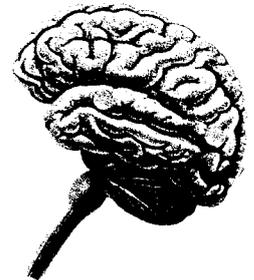
AFRICAN



ASIAN



EUROPEAN



MEN/ WOMEN



RACIST



NUCLEAR-
PROMOTER



LEBENS
GEFAHR
←

Baden
verboten
☠